



MPIfG Working Paper 04/4

Globalisierung: Mythos und Wirklichkeit

Wolfgang Streeck (streeck@mpifg.de), Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung

Akademischer Festvortrag bei der Hauptversammlung der Max-Planck-Gesellschaft 2004, Stuttgart, 25. Juni 2004

Zusammenfassung

Der Prozeß der Globalisierung hat schon in der frühen Neuzeit begonnen und ging der Entstehung des modernen Nationalstaats voraus. Die nationalstaatliche Organisation der Weltgesellschaft hat sich seit anderthalb Jahrhunderten gegenüber immer neuen Internationalisierungsschüben erstaunlich erfolgreich behauptet. Auch heute kann von einer Erosion des Nationalstaats nicht die Rede sein. Vielmehr bleibt dieser die privilegierte Organisationsform politischer Gemeinschaften. Allerdings ändern sich im Zuge fortschreitender wirtschaftlicher Arbeitsteilung über nationale und kontinentale Grenzen hinweg sowohl die Position des Nationalstaats nach außen als auch seine Politik nach innen. Von besonderem Interesse für eine politische Soziologie der Globalisierung ist dabei die Nutzung nationalstaatlicher Macht und Legitimität beim Streben nach sektoraler Spezialisierung auf Nischen im Weltmarkt. Kleinere Länder scheinen dabei im Vorteil gegenüber größeren zu sein, die einem zunehmenden Druck zur Dezentralisierung unterliegen.

Abstract

Globalization has been under way since the beginning of the early modern period and preceded rather than followed the rise of the modern nation-state. Surprisingly, in spite of successive waves of internationalization, the organization of the world society has remained primarily nationally based. Even today it is misleading to speak of an erosion of the nation-state. This holds even though both the external position and the internal politics of the nation-state are radically changing as the economic division of labor increasingly transcends national and continental boundaries. Of special interest for a political sociology of globalization seems to be the use of national political resources to advance the specialization of territorial communities on niches in the world economy. Small countries seem to be advantaged here compared to large ones, which are exposed to growing pressures for decentralization.

Inhalt

Die Internationalisierung des Nationalstaats

Konvergenz und Divergenz: Trends zu sektoraler Spezialisierung

Ausbau komparativer Vorteile

Internationale Integration

Größe als Nachteil?

Schlußbemerkung

Literatur

Der aktuellen politischen Mythologie zufolge nahm die Globalisierung irgendwann in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ihren Anfang und ist heute dabei, den Nationalstaat als politische Organisationsform obsolet zu machen. In Wirklichkeit ist weder die Globalisierung neu noch der Nationalstaat überholt. Eine globale Weltgesellschaft besteht spätestens seit Ende des 15. Jahrhunderts, als die beiden Zweige der Menschheit, die sich von Afrika ausgehend um den Globus herum ausgebreitet hatten, in der heutigen Karibik wieder aufeinandertrafen. Mit der Eroberung des Aztekenreichs durch spanische Truppen 1521 begann dann eine den Erdball umfassende Weltpolitik, mit vielfältigen wirtschaftlichen und kulturellen Wechselwirkungen zwischen Völkern und Kontinenten. Das Gold der Azteken beschleunigte den Übergang zur Geldwirtschaft in Europa und damit zum Kapitalismus. Die überlegene Landwirtschaft der amerikanischen Indianer veränderte die Ernährungsgewohnheiten und prägte die entstehenden nationalen Ernährungskulturen der Europäer: keine deutsche Küche ohne Kartoffeln, keine italienische ohne Tomaten oder Mais. Und als das britische Weltreich das spanische abgelöst hatte, konnten Karl Marx und Friedrich Engels schon 1848, im Kommunistischen Manifest, von einem "Weltmarkt" sprechen, der "die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet" habe:

Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, ... die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden ... An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ... eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander ... (Marx und Engels 1971 [1848], 529)

Die meisten Entwicklungen, die im Mythos der Globalisierung heute dabei sind, das Ende des Nationalstaats herbeizuführen, sind in Wirklichkeit so alt wie dieser oder älter. Zu ihnen gehören die vielfältigen Bemühungen, staatliches Handeln in internationale Normen einzubinden und einzelstaatliches Interesse durch universelles Recht zu domestizieren. (Wer das vergißt, vergißt auch, wie oft und wie dramatisch dieses Programm gescheitert ist.) Ähnliches gilt für die Existenz dessen, was heute als internationale Zivilgesellschaft bezeichnet wird. Nationalstaatliche Grenzen übergreifende soziale Gruppierungen hat es gegeben, seit es Nationalstaaten gibt, und immer auch in organisierter Form, vom römischen Katholizismus bis zu den diversen Sozialistischen und Kommunistischen Internationalen, vom Panslawismus und Pangermanismus bis hin zum Panislamismus oder den Freimaurern. Wer glaubt, daß internationale NGOs den Nationalstaaten erst seit ein oder zwei Jahrzehnten ihre Souveränität streitig machen, übersieht, daß die Geschichte des Nationalstaats als politische Organisationsform auch eine Geschichte seiner immer wieder erfolgreichen Behauptung gegenüber rivalisierenden internationalen Strukturen und Loyalitäten war, vom deutschen Kulturkampf bis zum Sieg des "Amerikanismus" über den Sozialismus in den Gewerkschaften der USA nach dem Ersten Weltkrieg.

In der Wirklichkeit, so habe ich gesagt, begann die Globalisierung vor der Bildung von Nationalstaaten. In Europa verlief sie parallel zu einem anderen weltgeschichtlichen Prozeß, den die soziologische Theorie als Modernisierung bezeichnet: der Ausdifferenzierung sozialer Ordnungen in funktional spezialisierte und dadurch aufeinander angewiesene Teilsysteme. Schon die Klassiker des 19. Jahrhunderts wußten, daß funktionale Differenzierung – das, was Adam Smith, Karl Marx und Emile Durkheim als *Arbeitsteilung* bezeichneten – eng mit der territorialen Reichweite der sozialen

Beziehungen zusammenhängt. Das Ausmaß der Arbeitsteilung, so Smith in "The Wealth of Nations", wird bestimmt von der *Größe des Marktes*. [1] Die Entstehung der Nationalstaaten wurde denn auch von den Klassikern zunächst durchaus als Prozeß der Ausweitung, Zentralisierung und Vereinheitlichung sozialer Zusammenhänge verstanden und begrüßt. [2] Allerdings sahen sie in ihr nicht mehr als ein kurzes Zwischenstadium im Übergang zu einer Weltwirtschaftsgesellschaft, in der für partikulare staatliche Herrschaft kein Platz mehr war. Der Aufstieg des modernen Nationalstaats zur dominierenden Form sozialer Ordnung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts mußte deshalb Liberalen wie Sozialisten als erstaunlicher Rückfall gegenüber dem mit dem Fortschritt der Industrialisierung längst erreichten Niveau weltgesellschaftlicher Integration erscheinen.

Wie läßt sich die Konsolidierung des Nationalstaats als politische Organisationsform erklären, wenn man sie als Moment eines Prozesses globaler Modernisierung – im Sinne einer territorial weit ausgreifenden funktionalen Differenzierung von Handlungssystemen – zu erklären hat? Ich kann diese Frage hier nur streifen. Die meisten derjenigen, die sich heute mit ihr befassen, stimmen darin überein, daß die Entstehung der Nationalstaaten als eine *erste Antwort* auf die mit funktionaler Differenzierung verbundenen *Koordinierungs- und Integrationsprobleme* verstanden werden muß (Hahn 1993). Um das reibungslose Zusammenwirken der voneinander abhängigen spezialisierten Subsysteme der modernen Gesellschaft zu gewährleisten, nutzte das 19. Jahrhundert, vereinfacht formuliert, den durch Bürokratisierung rationalisierten und sich allmählich demokratisierenden dynastischen Feudalstaat als Instrument partieller, oder genauer: segmentärer, Re-Integration. Der entstehende Nationalstaat ermöglichte die Koordinierung der sich ausdifferenzierenden Subsysteme einer Gesellschaft, die tendenziell bereits eine Weltgesellschaft war, indem er diese in lokale Segmente unterteilte. Jedes einzelne davon enthielt im Prinzip alle *funktionalen* Teilsysteme der Moderne als *nationale* Teilsysteme, verstand und organisierte sich als funktional vollständiger *Mikrokosmos* der modernen Wirtschaftsgesellschaft – mit eigener Industrie, eigenen Strom-, Eisenbahn- und Telefonnetzen, eigener Wissenschaft, eigener Zivilreligion, eigener Armee mit allen drei Waffengattungen usw. Zugleich war jedes Segment klein genug, um mit den hierarchischen Mitteln bürokratischer Kontrolle, unterstützt von nationalistisch-partikularistischen Identifikationen der Bürger mit ihrer jeweiligen "imagined community" (Anderson 1991), durch kontinuierliche autoritative Abstimmung seiner Teilsysteme zusammengehalten und gesteuert zu werden.

In anderen Worten, der Nationalstaat löste das Problem der Koordinierung der *funktionalen* Subsysteme der sich entwickelnden modernen Weltgesellschaft, indem er es gewissermaßen modularisierte und in interne Koordinierungsprobleme einer Vielzahl parallel operierender *territorialer* Subsysteme verwandelte. Nationalstaatliche Grenzen dienten dabei als "Interdependenzunterbrecher" (Kaufmann 2004). Für die *externe Koordinierung* der nationalstaatlichen Segmente stand allerdings nichts besseres zur Verfügung als die Gleichgewichtspolitik des 19. Jahrhunderts. Wie die beiden großen Kriege des 20. Jahrhunderts gezeigt haben, ließ sich mit ihr die gerade wegen ihrer strukturellen Ähnlichkeit unvermeidliche Rivalität der nationalen Teilgesellschaften nicht unter Kontrolle halten. Hinzu kam, daß das Staatensystem der Zwischenkriegszeit ein krisenfreies Zusammenwirken der Teilsysteme einer schon sehr weitgehend integrierten Weltwirtschaft nicht zu gewährleisten vermochte: Im Medium der Innen- und Außenpolitik einer Vielzahl souveräner und miteinander konkurrierender Territorialstaaten ließ sich Weltwirtschaftspolitik nur um den Preis nationaler politischer und weltweiter wirtschaftlicher Instabilität betreiben (Polanyi 1944).

Allerdings hat das mehrmalige katastrophale Scheitern der nationalstaatlichen

Organisation der Globalisierung weder den Nationalstaat diskreditiert noch die Globalisierung angehalten. Gerade die beiden Weltkriege haben die Globalisierung im Gegenteil weiter vorangetrieben, ohne daß sie, anders als 1918 und wiederum 1945 von vielen erwartet, dabei den Nationalstaat in Frage gestellt hätten. Im Gegenteil hatten sie nicht nur jeweils eine deutliche Zunahme der Zahl der Nationalstaaten zur Folge, sondern mündeten nach 1945 in deren flächendeckende globale Institutionalisierung als quasi-obligatorische politische Organisationsform moderner Gesellschaften. Hatten die Vereinten Nationen bei ihrer Gründung noch 51 Mitglieder, so war deren Zahl 1960, im wesentlichen als Folge der Entkolonialisierung, auf 82 gestiegen. 1973 lag sie bei 135, und 1988 bei 159. Nach dem Zerfall der Sowjetunion und Jugoslawiens gehören der UNO heute 191 Staaten an, die das gesamte Territorium der Erde, mit sehr wenigen Ausnahmen, unter sich aufgeteilt haben. Vielfältige separatistische Bestrebungen in aller Welt lassen erwarten, daß die Zahl der Nationalstaaten in den kommenden Jahren noch weiter zunehmen wird (Gentile 2004). Dabei scheint es für die Entstehung neuer oder das Überleben alter Nationalstaaten keine Mindestgrößen zu geben. So haben Estland, Lettland und Litauen, die zusammen weniger Einwohner haben als Niedersachsen, nach 1989 nie daran gedacht, sich anders denn als selbständige Nationalstaaten zu organisieren, und konnten als solche, ebenso wie andere kleine Länder wie Malta oder Zypern, der Europäischen Union beitreten. Ich werde auf diesen Sachverhalt weiter unten noch zurückkommen.

Begreift man die Herausbildung des globalen Systems souveräner Nationalstaaten als Moment eines langen, dem Nationalstaat vorausgehenden Prozesses der gleichzeitigen Modernisierung und Globalisierung sozialer Ordnungen, so wird man aus dem Fortgang dieses Prozesses allein nicht mehr ohne weiteres auf ein bevorstehendes Ende des Nationalstaats schließen wollen. Rückblickend wird deutlich, daß das System der Nationalstaaten schon immer eine Organisationsform der Weltgesellschaft war: eine institutionelle Architektur zur Bearbeitung komplexer Koordinierungsprobleme in einer längst weltweit ausdifferenzierten Sozialstruktur. Was wir heute als Globalisierung erfahren, ist deshalb nicht die Ablösung nationaler Gesellschaften durch eine globale Gesellschaft – diese gibt es schon lange –, sondern eine, wenn auch weitgehende, Reorganisation der letzteren. Veränderungen in Rolle und Funktionsweise des Nationalstaats müssen dabei im Kontext eines sich verändernden Verhältnisses zwischen *interner* Koordinierung *innerhalb* politischer Einheiten und *externer* Koordinierung *zwischen* denselben verstanden werden, dessen treibende Kräfte der Fortschritt der weltweiten Arbeitsteilung einerseits und die Eigenlogik der Evolution politischer Ordnungen und Institutionen andererseits sind.

Die Internationalisierung des Nationalstaats

Wie also entwickelt sich gegenwärtig die Architektur weltweiter sozialer Komplexität, im Unterschied sowohl zu der entstehenden weltweiten Industriegesellschaft der Klassiker als auch zu den bisherigen Ausformungen des Systems konkurrierender und kooperierender Nationalstaaten? Wie andere soziale Organisationsformen auch, so war die nach dem 2. Weltkrieg entstandene staatliche Ordnung insofern eine historisch offene, als sie Entwicklungen zulassen oder gar ermutigen mußte, die mit ihrem unveränderten Fortbestehen unvereinbar waren. Hier kann man durchaus von einem dialektischen Zusammenhang sprechen. Insbesondere war es die rapide Zunahme grenzüberschreitender Transaktionen, die einerseits für die Entwicklung der Produktivkräfte und den kulturellen Fortschritt unentbehrlich war, andererseits und zugleich aber die Nationalstaaten – mit weitgehenden Folgen für ihre internen Machtverhältnisse und ihre Regierbarkeit – der

Kontrolle über ihre Grenzen beraubte und die internationale Arbeitsteilung über diese hinweg weiter vorantrieb.

Die Nationalstaaten des 20. Jahrhunderts waren nie autark, auch wenn sie dies oft angestrebt haben und jedenfalls bemüht waren, sich die gesamte Palette der Institutionen und Sektoren der modernen Gesellschaft zuzulegen. Internationalen Handel hat es immer gegeben, und in der Tat war der durchschnittliche Anteil des Außenhandels am Nationalprodukt der Industrieländer Ende des 19. Jahrhunderts nicht viel niedriger als heute. Danach freilich ging er zurück, und die Keynesianische Wirtschaftstheorie, die nach 1945 im Westen zur weltweiten Praxis wurde, konnte als selbstverständlich voraussetzen, daß die außenwirtschaftlichen Beziehungen der nationalen Volkswirtschaften deren nationale Steuerbarkeit nicht grundsätzlich in Frage stellten.[3] In den letzten beiden Jahrzehnten aber ist zur (erneuten) Internationalisierung der Produktmärkte die der Wertschöpfungsketten, der Großunternehmen, des Kapitalmarkts und sogar der Arbeitsmärkte hinzugekommen. Neue Kommunikationsmittel, vom Düsenflugzeug über das Internet bis hin zur teilweisen Wiedererlangung der Vielsprachigkeit früherer Jahrhunderte, haben zu einer Vervielfachung der die Grenzen der nationalstaatlichen "Container" (Beck 1998) überschreitenden Beziehungen geführt und die nationale Identität von Wirtschaft, Kultur, Politik und Gesellschaft allem Anschein nach für immer aufgelöst.

Meine These ist, daß die zunehmende Internationalisierung der nationalen Segmente der modernen Weltgesellschaft weitreichende Veränderungen in der "Architektur der Komplexität" (Simon 1962) von funktionaler Differenzierung und sozialer Integration in Gang gesetzt hat. Eine der dabei wirksamen Tendenzen möchte ich im folgenden typisierend herausarbeiten. Freilich sind in jeder historischen Situation immer mehrere Entwicklungstendenzen gleichzeitig präsent, die sich gegenseitig verstärken, aber auch überlagern, mischen oder verdrängen können. Sozialwissenschaftler können sie, wenn man so will: partialanalytisch mehr oder weniger plausibel modellieren; viel schwerer fällt ihnen, ihr Zusammenwirken zu verstehen oder gar vorherzusagen. Die Entwicklungstendenz, mit der ich mich befassen möchte, ist also keineswegs die einzige gegenwärtig wirksame, und es ist noch nicht einmal sicher, ob sie die bestimmende ist oder bleiben wird.

Konvergenz und Divergenz: Trends zu sektoraler Spezialisierung

Mein Ausgangspunkt ist die populär gewordene Debatte über Konvergenz und Divergenz nationaler Systeme unter der Einwirkung der Globalisierung (als frühes Beispiel siehe Berger und Dore 1996). Internationalisierung: die Zunahme grenzüberschreitender sozialer Beziehungen, kann zu einer Einebnung nationaler Unterschiede führen. Auch der für die Öffnung der nationalen Volkswirtschaften erforderliche Abbau von Handelshemmnissen im weitesten Sinne – metaphorisch gesprochen, die Harmonisierung der Schnittstellen zwischen nationalen Wirtschaftssystemen – kann diese Folge haben. Gleichzeitig läßt sich aber beobachten, *daß Konvergenz häufig mit Divergenz einhergeht*. Überall gibt es chinesische Restaurants, aber in jedem Land schmeckt chinesisches Essen anders. Deutsche Kartoffeln sind peruanischen sehr unähnlich, und Franzosen verstehen unter europäischer Integration etwas anderes als Iren oder Ungarn. Vor allem aber kann Konvergenz in *einem* Bereich Bemühungen um Divergenz in *anderen* auslösen – zur Verteidigung von Identität und Eigenständigkeit, aber auch, *um einem allzu scharfen Wettbewerb unter Gleichen zugunsten von Austausch unter Verschiedenen aus dem Weg zu gehen*. [4]

Eben dieser Mechanismus, dessen fundamentale Bedeutung für die Struktur sozialer Ordnungen als erster Emile Durkheim (1964 [1893]) beschrieben hat, scheint in der gegenwärtigen Phase der Globalisierung am Werk zu sein. Eine wichtige Rolle spielen dabei die von vielen totgesagten Nationalstaaten.[5] Deren politisches Instrumentarium wird von den nach außen nicht mehr abschließbaren nationalen Gesellschaften genutzt, um unter dem Druck des wachsenden internationalen Wettbewerbs ihre besonderen wirtschaftlichen Stärken zu identifizieren und auszubauen. Globalisierung wird damit zu einem politisch vorangetriebenen Prozeß *der sektoralen Spezialisierung* territorialer Wirtschaftsgesellschaften – wobei deren genaue Zusammensetzung wirtschaftsgeographischen Prinzipien der Agglomerationsbildung folgt, über die wir noch wenig wissen, die aber eher denen regionaler Ökonomien zu gleichen scheinen als traditioneller Volkswirtschaften.[6] In jedem Fall löst sich dabei die wirtschaftliche Arbeitsteilung aus ihrer Einbindung in parallele nationalstaatliche Koordinierungsregime und entwickelt sich tendenziell zu einer weltweiten Arbeitsteilung weiter, deren funktionale Untereinheiten sich in unterschiedlichen nationalstaatlich organisierten Territorien konzentrieren.

Zumindest dort, wo es politisch verfaßten territorialen Gemeinschaften gelingt, sich als Ausgleich für die verlorene Kontrolle über ihre Grenzen durch Ausbau ihrer komparativen Vorteile (Porter 1990) eine Nische in einer zunehmend offeneren und systemisch integrierten Weltwirtschaft zu sichern, ist deshalb heute nicht *Konvergenz* die beherrschende Tendenz der Globalisierung, sondern *Konvergenz in Wechselwirkung mit Divergenz*. Dabei nimmt interessanterweise in dem Maße, wie nationalstaatliche Einheiten aufhören, nach funktionaler Vollständigkeit zu streben, ihre Vergleichbarkeit ab (Sorge 2004): Ziel staatlicher Politik ist ja nicht mehr, den anderen gleich, sondern anders als die anderen zu sein. An die Stelle von *Homogenität* potentiell autarker Teilsysteme tritt *Komplementarität* im Rahmen weltweiter Arbeitsteilung. Die frühere segmentäre Integration funktionaler Differenzierung im nationalstaatlichen Rahmen wird durch eine *neuartige Verschränkung von politisch-territorialer und funktionaler Differenzierung* abgelöst, bei der politisch organisierte territoriale Gemeinschaften sich auf ausgewählte Teilsysteme einer zunehmend funktional und immer weniger segmentär differenzierten Weltwirtschaft spezialisieren.

Wachsende internationale Arbeitsteilung und nationalstaatliche politische Organisation, zunehmende weltwirtschaftliche Integration und fortdauernde politische Fragmentierung, Denationalisierung der Ökonomie und Fortbestand des Nationalstaats erscheinen damit im gegenwärtigen Stadium der Globalisierung keineswegs unvereinbar. In der Tat wird nationale Souveränität fast überall nach wie vor hoch geschätzt und entschlossen verteidigt, gerade wegen der Herausforderungen und Risiken der Globalisierung. Allerdings bringt die Ablösung der nationalen *Segmentierung* der modernen Gesellschaft durch nationale *Spezialisierung* eine Verlagerung von Koordinierungsaufgaben aus dem Nationalstaat auf das internationale System mit sich und erfordert eine *neue Justierung des Wechselspiels zwischen interner und externer Koordinierung*. Mit ihr ändern sich die Spielregeln und Erfolgsbedingungen nationalstaatlicher Politik nach innen und außen, und auf häufig überraschende Weise. Im folgenden möchte ich auf einige Aspekte dieser Veränderungen, soweit sie sich aus der Perspektive der politisch-ökonomischen Globalisierungsforschung heute erkennen lassen, zunächst für die Innen- und dann für die Außenpolitik genauer eingehen.

Ausbau komparativer Vorteile

Sektorale Spezialisierung politisch organisierter territorialer Gemeinschaften folgt den Skalenökonomien sich ausdehnender weltweiter Märkte bis zu einem Punkt, wo die Kernsektoren eines Landes und ihre Infrastruktur tendenziell die gesamte nationale Produktionskapazität beschäftigen. Sektoren ohne komparative Vorteile verschwinden; ihre Produkte werden importiert. Indem nationale Ökonomien sich auf internationale Marktnischen hin umstrukturieren, die im Idealfall nur sie bedienen können, suchen sie einen harten Preiswettbewerb zugunsten eines Substitutionswettbewerbs zu vermeiden, bei dem es vornehmlich auf die Fähigkeit zur Innovation, d.h. zu laufender qualitativer Anpassung der Produktion an die sich entwickelnden Bedürfnisse der Abnehmer ankommt.

Anders als im Mythos der Globalisierung unterstellt, kann dabei von einem Bedeutungsverlust staatlicher Politik keine Rede sein. Sektorale Spezialisierung erfordert im Gegenteil eine integrierte, auf den Ausbau vorhandener komparativer Vorteile hin maßgeschneiderte nationale Wirtschafts-, Struktur-, Sozial- und Bildungspolitik. Sie verlangt ferner angepasste institutionelle Regelwerke, etwa für den Arbeitsmarkt, die eine optimale Nutzung der nationalen Ressourcen zugunsten der jeweiligen Kernsektoren ermöglichen. So beruhte der Strukturwandel der Niederlande in den letzten beiden Jahrzehnten zum logistischen Zentrum des europäischen Kontinents auf dem Ausbau des Amsterdamer Flughafens und des Rotterdamer Hafens, der Förderung einer hoch leistungsfähigen Speditionswirtschaft, einer dienstleistungsfreundlichen Tarif- und Steuerpolitik und nicht zuletzt auf hohen bildungspolitischen Aufwendungen zur Erhaltung der Vielsprachigkeit der Bevölkerung. Ähnlich politisch gewollt war die rapide Umwandlung der irischen Volkswirtschaft in eines der wichtigsten Produktionszentren der amerikanischen mikroelektronischen Industrie, um derentwillen wohl auch das unlängst eingeführte Rauchverbot in irischen Pubs eingeführt worden sein dürfte. In diesen und anderen Fällen wird das Instrumentarium des Nationalstaats dazu genutzt, einheimische Sektoren mit komparativen Vorteilen zu identifizieren und ihren Wettbewerbsvorsprung mit oft einschneidenden politischen Maßnahmen zu verteidigen.

In der Literatur gibt es zahlreiche Versuche, die gegenwärtigen Veränderungen in der Funktionsweise des Nationalstaats auf einen Begriff zu bringen. Die Zunahme grenzüberschreitender sozialer Beziehungen, die dem regulierenden Zugriff des Nationalstaats entzogen sind, läßt manche von einer allgemeinen *Erosion von Staatlichkeit* sprechen.[7] Dies scheint jedoch nur zum Teil berechtigt. Wo nationale Gesellschaften auf den Verlust der Kontrolle über ihre Grenzen mit sektoraler Spezialisierung antworten, stützen sie sich auf einen nach wie vor höchst aktiven Staat. Allerdings ändert sich die *Qualität* von Staatlichkeit. Hier ist von einer Transformation des Keynesianischen Sozialstaats der Nachkriegszeit in einen "*Schumpeterianischen Wettbewerbsstaat*" die Rede, dessen wichtigstes Ziel die Sicherung internationaler Wettbewerbsfähigkeit sei (Jessop 2002). Freilich verbindet sich mit dem Begriff häufig die Vorstellung eines internationalen Unterbietungswettbewerbs, bei dem es vor allem darum gehe, welcher Staat sich am schnellsten seiner wohlfahrtsstaatlichen Erbschaft zu entledigen vermag. Dies aber ist nur eine mögliche Variante sektoraler Spezialisierung, deren Ziel – die Eroberung von Nischen innerhalb des entstehenden Systems weltweiter Arbeitsteilung – unter günstigen Bedingungen auch mit anderen Mitteln erreicht werden kann.

Allerdings setzt auch dies den umverteilenden und statussichernden Sozialstaat Kontinentaleuropas unter Druck, und zwar durchaus im Sinne einer Erosion des Staates, insoweit dieser als Agentur einer autoritativen Zuteilung von Werten fungiert bzw.

fungiert hat. Gesellschaften im Prozeß sektoraler Spezialisierung ähneln Konglomeraten, die sich auf ein Kerngeschäft fokussieren: sie beenden die umverteilende Quersubventionierung schwacher zugunsten von Investitionen in die Leistungsfähigkeit starker, am Weltmarkt aussichtsreicher Sektoren. Sozialpolitik, die vorher aus dem Wettbewerb herausgenommen war bzw. dazu diente, dessen Resultate teilweise rückgängig zu machen, wird im Wettbewerbsstaat zum "Standortfaktor": sie dient nicht mehr der Korrektur, sondern der Akkommodierung von Märkten – weniger der "sozialen Gerechtigkeit" als der Aktivierung und Qualifizierung flexibel einsetzbaren Humankapitals. Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik sind dabei immer schwerer zu unterscheiden: ihr gemeinsames Ziel ist die Verbesserung der internationalen Marktgängigkeit der Gesellschaftsmitglieder und der Gesellschaft insgesamt.[8]

Internationale Integration

Innenpolitik allein freilich reicht für sektorale Spezialisierung nicht aus. Bei fortschreitender weltweiter Arbeitsteilung kann die Koordinierung der funktional differenzierten Sektoren der modernen Wirtschaftsgesellschaft nicht mehr national, sondern nur noch international stattfinden. Im internationalen System aber stehen, anders als innerhalb des Nationalstaats, hierarchische Steuerungsinstrumente nur ausnahmsweise zur Verfügung. Der Prozeß der Globalisierung ist deshalb heute zugleich auch ein Prozeß der Liberalisierung – nämlich der Verlagerung von Steuerungsfunktionen von (nationalstaatlichen) Hierarchien auf (internationale) Märkte.[9] Nationale Gesellschaften, die auf das Hinauswachsen der Skalenerträge über ihre Grenzen mit sektoraler Spezialisierung antworten wollen, müssen nicht nur die Zuversicht haben, sich in einem System freier internationaler Preisbildung behaupten zu können. Sie müssen sich auch darauf verlassen können, daß andere Gesellschaften ihnen ihre Märkte nicht versperren werden: ohne die deutschen Autobahnen könnte, wie jeder Autofahrer ahnt, das niederländische Speditionsgewerbe nicht existieren. Zur Sicherung des internationalen Marktzugangs sektoral spezialisierter nationaler Ökonomien wird nun abermals der Nationalstaat in Anspruch genommen, diesmal als Instrument der Außenpolitik.

Herausragendes Beispiel hierfür ist der Prozeß der europäischen Integration. Revisionistische Historiker haben schon lange bestritten, daß es sich bei der Europäischen Union um eine Veranstaltung zur Abschaffung des Nationalstaats handelt. Gerade die kleinen Länder Europas, so etwa Alan Milward in seinem Buch "The European Rescue of the Nation-State" (1992), haben die europäische Integration stets mit genau entgegengesetztem Ziel betrieben: dem der Sicherung ihrer Existenz als politisch selbständig organisierter Gemeinschaften. In der Tat muß auffallen, daß kleine Länder mit ausgeprägtem Nationalbewußtsein, wie die Niederlande, Portugal, Irland, Finnland oder die erst kürzlich wieder unabhängig gewordenen Staaten des Baltikums, oft zugleich glühendste Verfechter der europäischen Integration sind. Dies dürfte damit zusammenhängen, daß kleine Länder nicht nur früher als andere den Weg sektoraler Spezialisierung beschreiten müssen, sondern ihn auch aussichtsreicher beschreiten können – vorausgesetzt, daß ihre internationale Umgebung so geordnet ist, daß große Länder daran gehindert sind, sie mit der resultierenden strukturellen Abhängigkeit politisch oder wirtschaftlich zu erpressen.

In anderen Worten: Indem internationale Integration den Zugang immer unvollständigerer nationaler Ökonomien zu internationalen Märkten sichert, dient sie der außenpolitischen Flankierung einer innenpolitischen Strategie der sektoralen Spezialisierung. Die Logik, die dabei wirksam wird, erscheint durchaus neu. Ein in den achtziger Jahren

aufgekommenes Bonmot begann mit der Frage, was schlimmer sei als vom Kapitalismus ausgebeutet zu werden. Die Antwort war: *nicht* von Kapitalismus ausgebeutet zu werden. Prägnanter lassen sich die Spielregeln der gegenwärtigen Phase der Globalisierung nicht zusammenfassen. Auch wenn keiner der Nationalstaaten der Vergangenheit jemals völlig autark war, wurde doch immer wie selbstverständlich unterstellt, daß nationale Souveränität ein hohes Maß an funktionaler Vollständigkeit der nationalen Wirtschaft voraussetzte. Diese war deshalb notwendiges, wenn auch oft kostspieliges Ziel nationaler Wirtschafts- und Strukturpolitik. Imperialismus des Zentrums gegenüber der Peripherie bestand darin, diese als verlängerte Werkbank in die eigene Wirtschaft einzubeziehen. Nationale Selbstbestimmung und politische Souveränität erforderten dementsprechend den Aufbau eines möglichst vollständigen industriellen Sektors mit Hilfe einer Politik der Importsubstitution, die als unabdingbare Voraussetzung einer späteren Eingliederung in den Welthandel als gleichberechtigter Partner galt.

An diese Welt erinnert heute kaum mehr etwas. Nichts ist ruinöser als Importsubstitution, wenn nationale Technologien nur noch rückständige Technologien sein können und nationale Märkte für die Entwicklung anderer als rückständiger Produkte zu klein geworden sind. Anders als im klassischen Imperialismus besteht deshalb heute die größte Gefahr für periphere Gesellschaften nicht mehr darin, in die Weltwirtschaft einbezogen, sondern von ihr und damit den Möglichkeiten exportgetriebenen Wachstums ausgeschlossen zu werden. Nicht mehr Inklusion ist die Katastrophe, sondern, siehe große Teile des südlichen Afrika, Exklusion. Länder wie Polen, Albanien oder die Türkei verwenden deshalb alle außenpolitischen Mittel ihrer teilweise erst kürzlich erlangten nationalstaatlichen Souveränität darauf, so schnell wie möglich in die Europäische Union aufgenommen zu werden – nicht, um ihre nationale Eigenständigkeit aufzugeben, sondern im Gegenteil: um sie mit Hilfe eines gesicherten Zutritts zur weltweiten Arbeitsteilung der modernen Ökonomie zu befestigen. Imperialismus des Zentrums gegenüber der Peripherie heißt heute: Verweigerung von Integration.

Nicht mehr die Vermeidung von Abhängigkeit durch Sicherung von Unabhängigkeit ist das außenpolitische Ziel des Nationalstaats in der gegenwärtigen Phase der Globalisierung, sondern die Vermeidung *einseitiger* durch Herstellung *gegenseitiger* Abhängigkeit. Wer einseitig abhängig ist, ist erpressbar; nur wenn der andere die eigenen Leistungen ebenso benötigt wie man selber die Leistungen des anderen, können die *terms of exchange* fair sein (Blau 1964). Einseitige Abhängigkeit und damit Ausbeutbarkeit lassen sich vermeiden, indem man die eigenen komparativen Vorteile durch strategische Investitionen verteidigt. Hinzukommen muß jedoch ein sicherer Zugang zu freien, nicht "vermachteten" Weltmärkten, gewährleistet durch eine verlässliche internationale Rechtsordnung, die auch wirtschaftlich und militärisch starke Staaten an allgemeine Regeln bindet. Die partielle Transformation des internationalen Staatensystems in ein politisches "Mehrebenensystem" (Scharpf 2001) mit der Fähigkeit zur Produktion bindender, quasi-rechtsstaatlicher Entscheidungen auf supranationaler Ebene ist deshalb immer vor allem von den kleineren Ländern betrieben worden.

Größe als Nachteil?

Zu den überraschenden Konsequenzen der neuen Anforderungen an Binnenstruktur und auswärtige Politik von Nationalstaaten gehört, daß sich der herkömmliche Vorteil größerer gegenüber kleineren Ländern in sein Gegenteil zu verkehren scheint. Eine, allerdings wichtige, Ausnahme ist das größte Land, die Vereinigten Staaten, die zusätzlich zu ihrem sektoralen Monopol auf die Anwendung militärischer Gewalt über die

vollständigste aller Volkswirtschaften verfügen und deshalb von jedem einzelnen ihrer Handelspartner weniger abhängig sind als dieser von ihnen. Mittlere Größe dagegen scheint zum Problem geworden zu sein. In den neunziger Jahren, dem Jahrzehnt der Reformen, waren die kleinen Länder Europas bei der Anpassung an die neuen globalen Bedingungen in der Regel erheblich erfolgreicher als die großen, insbesondere Deutschland, Frankreich und Italien. Dies könnte daran liegen, daß kleine Länder nicht nur früher als große auf eine Strategie sektoraler Spezialisierung angewiesen und mit ihrer Logik vertrauter sind, sondern sie auch leichter zu realisieren vermögen als Länder, deren Bevölkerung zu groß ist, um in einer kleinen Anzahl von Kernsektoren aufgehen zu können.[10]

Das internationale System der Vergangenheit prämierte die Größe eines Landes. Größe geht *ceteris paribus* zusammen mit interner Heterogenität; beide gemeinsam begründeten äußere Macht und auf tendenzieller Autarkie beruhende politische Unabhängigkeit. Wer nicht groß genug – wer kein "Machtstaat" im Sinne Max Webers (1980) – war, mußte fürchten, von anderen beherrscht zu werden. Heute dagegen bedeuten Größe und Heterogenität eines Landes vor allem, daß sie Institutionen und Politiken notwendig machen, die auf viele sektorale Sonderbedingungen gleichermaßen passen müssen und deshalb auf keine einzelne genau passen können – schon weil sie nur durch Kompromisse zwischen widerstreitenden Interessen zustande kommen können. Die dafür und für den sozialen Zusammenhalt im allgemeinen nötige interne Umverteilung verursacht Kosten, ebenso wie die ungenügende Passung allgemeiner Regeln auf spezielle Bedingungen Ressourcen ungenutzt läßt. Größe und interne Vielfalt, früher Garanten äußerer Souveränität, scheinen heute vor allem zur Folge zu haben, daß sie Regierungen daran hindern, nationale Regelsysteme und politische Interventionen auf die besonderen Bedürfnisse von Kernsektoren abzustellen, die einem weltweiten Innovations- und Substitutionswettbewerb standhalten müssen und können.

Überlegungen dieser Art werfen ein interessantes Licht auf den deutschen Fall, auf den ich abschließend kurz eingehen möchte. Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft nach der Wiedervereinigung könnte als Beleg dafür dienen, daß unter den heutigen internationalen Wettbewerbsbedingungen einheitliche Regelwerke für heterogene Wirtschafts- und Branchenstrukturen verheerende Auswirkungen haben können. Daß 1990 das gesamte Institutionensystem der westdeutschen Bundesrepublik auf die ehemalige DDR übertragen wurde, hat diese der Notwendigkeit entzogen – und ihr gleichzeitig die Möglichkeit genommen –, wie etwa Ungarn, Polen oder Tschechien ein eigenes, auf ihre besondere wirtschaftliche Lage maßgeschneidertes Regelwerk zu entwickeln. Wenn heute das Brutto-Inlandsprodukt der seit fast anderthalb Jahrzehnten "neuen" Länder noch immer niedriger ist als portugiesische, so könnte dies auch daran liegen, daß die aus dem Westen importierten Institutionen einer aufholenden sektoralen Spezialisierung im Wege standen. Zugleich stehen die zur Aufrechterhaltung einheitlicher Lebensverhältnisse erforderlichen nationalen Transfers für Sicherung und Aufbau sektoraler Wettbewerbsfähigkeit im Westen des Landes nicht mehr zur Verfügung. Solidarische, den Lebensstandard der Bürger angleichende Umverteilung innerhalb eines großen und heterogenen Nationalstaats ist solange kein Problem, wie Volkswirtschaften noch überwiegend *Volkswirtschaften* sind und potentiell mobile Produktionsfaktoren gezwungen werden können, im Lande zu bleiben. Beide Bedingungen sind heute nicht mehr gegeben.

Daß es zum Nachteil geworden ist, größer als Holland, aber kleiner zu sein als die USA, erklärt wohl auch das zunehmende Verlangen nach Dezentralisierung des deutschen Bundesstaats. Mehr Autonomie für die Bundesländer, so ein Beitrag zur Arbeit der

gegenwärtig tagenden Föderalismuskommission von Bundestag und Bundesrat, "könnte ... die Anpassung rechtlicher Regeln an die besonderen Standortbedingungen und die Wirtschaftsstruktur des einzelnen Landes ermöglichen und so die Ausschöpfung von ökonomischen Spezialisierungsvorteilen begünstigen ..." Die in einem liberalisierten internationalen Markt, der keine "wettbewerbsverzerrenden" Staatseingriffe mehr zuläßt, notwendige Optimierung der "rechtlichen Rahmenbedingungen der Unternehmenstätigkeit" könne "angesichts der heterogenen deutschen Wirtschaftsstruktur (und dementsprechend unterschiedlicher Interessen im Bundesrat) ... durch generell geltende Änderungen des einheitlichen Bundesrechts kaum geleistet werden". Deshalb seien "erweiterte Handlungsspielräume der Landesgesetzgeber ... eine notwendige Vorbedingung höherer wirtschaftlicher Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit" (Scharpf 2004).

Spinnt man den Gedanken weiter, so kann man ihn durchaus auch auf die Vertretung regionaler Interessen nach außen beziehen. Den deutschen Bundesländern fehlt nicht nur die Möglichkeit, ihre Regelwerke, einschließlich etwa der Ausgestaltung von Sozialstaat und Tarifautonomie, auf die Bedürfnisse und Entwicklungschancen ihrer jeweiligen Wirtschaftsstruktur abzustimmen. Anders als die ähnlich großen Wirtschaftsräume der Niederlande, Dänemarks und Schwedens verfügen sie darüber hinaus auch nicht über das außenpolitische Instrumentarium souveräner Nationalstaaten, um ihre Positionierung im internationalen Markt zu optimieren. Die Chemiewirtschaft der Europäischen Union sähe wohl anders aus, wenn nicht nur der Ministerpräsident von Schweden, sondern auch der von Nordrhein-Westfalen einen Sitz im Europäischen Rat hätte.

Schlußbemerkung

Zu den Triebkräften des Wandels sozialer Ordnungen gehören Strategien kollektiven Handelns, die unter hoher Ungewißheit gewählt werden müssen und oft nicht mehr sind als Wetten auf eine erhoffte Zukunft. Ob sie gelingen und zu welchen gesellschaftlichen Strukturen sie sich am Ende verdichten, weiß man mit Sicherheit immer erst im Rückblick. Widerspruchsfrei und einzigartig erscheinen soziale Formationen nur im nachhinein; kaum eine Gegenwart, die nicht als Krise empfunden, und kaum eine Lösung, die nicht irgendwann auch zum Problem würde. Sektorale Spezialisierung soll staatlich organisierten Nationalgesellschaften einen Platz in einer sich über nationale Grenzen hinweg neu ordnenden Weltwirtschaft sichern; zugleich aber macht sie auf neue Weise verwundbar, nicht zuletzt, weil Spezialisierung oft nur um den Preis verminderter Anpassungsfähigkeit zu haben ist. Viele Fragen bleiben offen. Reicht die Leistungsethik industrieller Distrikte – wie sie Marshall (1919) am Ende des 19. Jahrhunderts beschrieben hat – aus, um moderne Gesellschaften zu integrieren und die Legitimität ihrer Ordnung zu sichern? Können die entstehenden regionalen Zentren internationaler wirtschaftlicher Exzellenz wirklich alle Mitglieder ihrer jeweiligen Gesellschaft beschäftigen, oder doch nur einen Teil? Wie können diejenigen, die dem verschärften Leistungswettbewerb nicht gewachsen sind, in einer Leistungsgesellschaft einen Platz finden, die ohne umverteilenden Sozialstaat auskommen muß? Welche Möglichkeiten gibt es, wenn überhaupt, der offenbar zunehmenden Ungleichheit zwischen erfolgreichen und erfolglosen Regionen der Weltwirtschaft durch eine – investive – internationale Sozialpolitik zu begegnen? Antworten hierauf kann letztlich nur die Praxis finden. Der Beitrag der Wissenschaft ist vor allem, die richtigen Fragen zu stellen.

Literatur

- Anderson, Benedict, 1991: *Imagined Communities*. Revised edition. London: Verso
- Becattini, G., 1990: The Marshallian Industrial District as a Socio-Economic Notion. In: F. Pyke, G. Becattini, W. Sengenberger, Hg., *Industrial Districts and Inter-Firm Cooperation in Italy*. Geneva: International Institute for Labor Studies, 37-51
- Beck, Ulrich, 1998: Wie wird Demokratie im Zeitalter der Globalisierung möglich? Eine Einleitung. In: ders., Hg., *Politik der Globalisierung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 7-66
- Berger, Suzanne, und Ronald Dore, Hg., 1996: *National Diversity and Global Capitalism*. Ithaca, N.Y.: Cornell University Press
- Blau, Peter, 1964: *Exchange and Power in Social Life*. New York etc.: John Wiley & Sons
- Brusco, Sebastiano, 1982: The Emilian Model: Production Decentralization and Social Integration. *Cambridge Journal of Economics*, Bd. 6, 167-184
- Crouch, Colin, Patrick Le Galès, Carlo Trigilia, Helmut Voelzkow, 2004: *Changing Governance of Local Economies: Responses of European Local Production Systems*. Oxford: Oxford University Press
- Durkheim, Emile. 1964 [1893]: *The Division of Labor in Society*. Translated by George Simpson. New York: The Free Press
- Gentile, Emilio, 2004: *Nationalism as Religion: Dead or Alive?* Vortrag am Max-Planck-Institute für Gesellschaftsforschung Köln, März 2004
- Gibbon, Edward, 1995 [1776-1788]: *The Decline and Fall of the Roman Empire*. New York und Toronto: Alfred A. Knopf
- Hahn, Alois, 1993: Identität und Nation in Europa. *Berliner Journal für Soziologie*, Heft 2, 193-203
- Jessop, Bob, 2002: *The Future of the Capitalist State*. Cambridge: Cambridge University Press
- Marshall, Alfred, 1919: *Industry and Trade*. London: Macmillan, 283-288
- Marx, Karl, und Friedrich Engels, 1971 [1848]: *Manifest der Kommunistischen Partei*. In: Karl Marx, *Die Frühschriften*, hg. von Siegfried Landshut. Stuttgart: Kröner
- Milward, Alan S., 1992: *The European Rescue of the Nation-State*. Berkeley, Cal.: University of California Press
- Münch, Richard, 2001: *Offene Räume: Soziale Integration diesseits und jenseits des Nationalstaats*. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Polanyi, Karl, 1944: *The Great Transformation: The Political and Economic Origins of Our Time*. Boston, Mass.: Beacon Press
- Porter, Michael E., 1990: *The Competitive Advantage of Nations*. New York: The Free Press
- Sabel, Charles F., 1989: Flexible Specialization and the Re-emergence of Regional Economies. In: Paul Q. Hirst and Jonathan Zeitlin, Hg., *Reversing Industrial Decline: Industrial Structure and Policy in Britain and her Competitors*. Oxford: Berg
- Scharpf, Fritz W., 2001: Notes towards a Theory of Multi-Level Governing in Europe. *Scandinavian Political Studies*, Bd. 24, 1-26
- Scharpf, Fritz W., 2004: *Betreff: Anhörung am 12. Dezember 2003; Stellungnahme*. Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung. Kommissionsdrucksache 0007
- Simon, Herbert, 1962: "The Architecture of Complexity." *Proceedings of the American Philosophical Society* 106 (6), December 1962, 467-482
- Smith, Adam, 1993 [1776]: *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*. A Selected Edition. Oxford: Oxford University Press
- Sorge, Arndt, 2004: *The Global and the Local: Understanding the Dialectics of Business*

Systems. Oxford: Oxford University Press

Streeck, Wolfgang, 1998: Einleitung: Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie? In: Ders., Hg., Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie: Herausforderungen für die Demokratietheorie. Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln. Frankfurt am Main, New York: Campus, 11-58

Streeck, Wolfgang, 2000: Competitive Solidarity: Rethinking the "European Social Model". In: Karl Hinrichs, Herbert Kitschelt, Helmut Wiesenthal, Hg., Kontingenz und Krise: Institutionenpolitik in kapitalistischen und postsozialistischen Gesellschaften. Frankfurt am Main: Campus, 245-261

Weber, Max, 1980: Gesammelte Politische Schriften. Hrsg. von Johannes Winckelmann. 4. Auflage. Tübingen: Mohr

Fußnoten

1

"As it is the power of exchanging that gives occasion to the division of labour, so the extent of this division must always be limited by the extent of that power, or, in other words, by the extent of the market" (Smith 1993 [1776], 26).

2

Noch einmal das Kommunistische Manifest: "Die Bourgeoisie ... hat die Bevölkerung agglomeriert, die Produktionsmittel zentralisiert und das Eigentum in wenigen Händen konzentriert. Die notwendige Folge hiervon war die politische Zentralisation. Unabhängige, fast nur verbündete Provinzen mit verschiedenen Interessen, Gesetzen, Regierungen und Zöllen wurden zusammengedrängt in *eine* Nation, *eine* Regierung, *ein* Gesetz, *ein* nationales Klasseninteresse, *eine* Douanenlinie" (Marx und Engels [1848], 530).

3

Dabei kann offenbleiben, ob die zweite Nachkriegsordnung ein hegemoniales internationales Regime war, das seine Legitimität daraus bezog, daß es seinen schwächeren Mitgliedstaaten die Illusion nationaler Autonomie ließ, oder ob es sich bei ihr ein um ingenieures Arrangement zur Absicherung nationaler Souveränität durch eine diese akkommodierende internationale Ordnung handelte.

4

Dies muß nicht bedeuten, daß es nicht doch einen globalen Prozeß der Konvergenz geben könnte. Die Unterschiede zwischen Spaniern und Mexikanern dürften heute weniger dramatisch sein als Ende des 15. Jahrhunderts, und Italiener und Chinesen sind sich im 21. Jahrhundert insgesamt wohl ähnlicher als zu Zeiten der Antoninischen bzw. der Han-Dynastie. Wer Gibbons Beschreibung der Lebensweise der asiatischen Barbaren liest, die im 4. Jahrhundert in das Römische Reich eindringen (Gibbon 1995 [1776-1788], Kap. XXVI), mag seinem Urteil nicht widersprechen, wonach zu seiner eigenen Zeit, am Ende des 18. Jahrhunderts, die Völker der Welt einander ähnlicher waren als in der Antike (Kap. XXXVIII). Gerade vor dem Hintergrund einer entstehenden gemeinsamen Weltkultur könnten allerdings verbleibende oder gar gesuchte "kleine Unterschiede" (Bourdieu) umso wichtiger werden.

5

Und zwar nicht einmal notwendigerweise aufgrund von emotionalen Identifikationen. Es reicht völlig aus, daß der Nationalstaat nach wie vor das wirksamste Instrument kollektiven Handelns zur Absicherung gegen die Wechselfälle freier Märkte ist. Zwar hätten die Katalanen lieber ihren eigenen Nationalstaat. Solange es diesen aber nicht gibt, bedienen sie sich zur Durchsetzung ihrer handels- oder strukturpolitischen Interessen, so gut es geht, des spanischen. "Pfadabhängiger" Pragmatismus reicht völlig aus, um zu erklären, warum territoriale Gemeinschaften im Zeitalter der Globalisierung auf ihre überkommene staatliche Organisation nicht verzichten wollen.

6

Regionale Ökonomien zeichnen sich unter anderem dadurch aus, daß sie ohne autoritativ umverteilenden Staat auskommen müssen. Ihre sektorale Zusammensetzung ergibt sich "freiwillig" aufgrund allfälliger Vorteile räumlicher Nachbarschaft von Produzenten. Die Bildung von "Clustern" in sektoral sich spezialisierenden Nationalstaaten kann anscheinend ganz verschiedenen Prinzipien folgen und sowohl entlang der Wertschöpfungskette als auch auf einzelnen Stufen derselben erfolgen.

Zu regionalen Ökonomien siehe unter anderen Becattini (1990), Brusco (1982) und Sabel (1989), sowie neuerdings Crouch u.a. (2004).

7

Besonders lesenswert, weil auf originelle Weise von der soziologischen Klassik Gebrauch machend, ist Münch (2001).

8

Zum Wandel der Sozialpolitik unter Bedingungen globaler Liberalisierung siehe meinen Aufsatz über "competitive solidarity" (Streeck 2000). Eine Gefährdung der Demokratie geht von dem Zwang zur Anpassung an veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen nicht aus – siehe erfolgreiche "Reformländer" wie Schweden oder die Niederlande –, wohl aber eine Verschiebung weg von sozialen und hin zu liberalen Demokratieformen (Streeck 1998).

9

Zu deren Teilnehmern, anders als von der reinen Lehre des Wirtschaftsliberalismus gefordert, erwartet oder doch erhofft, industrie- und sozialpolitisch höchst aktive Staaten gehören. Kollektives politisches Handeln zum Schutz vor Marktrisiken wird durch die Globalisierung keineswegs abgeschafft. Allerdings wandelt sich die Bedeutung der Nachkriegs-Friedensformel des "embedded liberalism" grundlegend: an die Stelle der Einbettung internationalen Freihandels in nationale Sozialpolitik tritt umgekehrt die Einbettung nationaler Politik in internationale freie Märkte.

10

In anderen Worten: Der Nachteil, nicht groß genug zu sein, um jemals "vollständig" und damit wirklich unabhängig zu werden, verkehrt sich in den Vorteil, klein genug zu sein, um sich sektoral spezialisieren zu können.

Copyright © 2004 Wolfgang Streeck

No part of this publication may be reproduced or transmitted without permission in writing from the author.

Jegliche Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, bedarf der Zustimmung des Autors.
MPI für Gesellschaftsforschung, Paulstr. 3, 50676 Köln, Germany